

EU-ÖkoNews

Nr. 03 / 2006, Oktober 2006

Hiltrud Breyer MdEP

Liebe Leserinnen und Leser,

eins ist klar: langweilig ist EU-Politik nie. Die letzten Wochen waren angefüllt mit richtungsweisenden Entscheidungen, gerade im Umweltbereich. Mit der Untermauerung des Substitutionsprinzips hat der Umweltausschuss des Parlaments ein stärkeres REACH wieder in Reichweite gerückt. Der Ausstieg aus der Verwendung des sehr persistenten, bioakkumulierenden und giftigen Umweltschadstoffs PFOS wurde beschlossen. EU-Kommission und Mitgliedstaaten haben sich darauf geeinigt, alle Reisimporte aus den USA künftig auf Rückstände illegalen gentechnischen Materials zu überprüfen. Erfreulich ist auch das Übereinkommen von Rat und Parlament zur EU-Grundwasserrichtlinie: auf Bestreben des Parlaments konnte eine inakzeptable Verwässerung des Grundwasserschutzes gerade noch abgewendet werden.

Doch diese Positivmeldungen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass einem starken Umweltschutz in der EU auch viele Steine in den Weg gelegt wurden. Vor diesem Hintergrund bleibt abzuwarten, welchen Stellenwert die Bundesregierung der Umwelt in der am 1. Januar 2007 beginnenden EU-Ratspräsidentschaft letztlich einräumen wird. Gerade in der Umweltpolitik, die für viele das Feld ist, auf dem die EU am erfolgreichsten und bürgernahsten ist, dürfen keine Abstriche gemacht werden. Die vergangenen Jahrzehnte haben gezeigt, dass richtig gestaltete und umgesetzte Umweltpolitik zu einer signifikanten und kosteneffizienten Verbesserung in vielen Bereichen führen und nachhaltige sowie zukunftsweisende Innovationen anstoßen kann.

Viel Spaß beim Lesen über diese Themen und mehr wünscht herzlichst Ihre

Hiltrud Breyer

Büro Brüssel

ASP 8 G 265, Rue Wiertz

B-1047 Brüssel

Tel. 00 32-2-2 84 52 87

Fax 00 32-2-2 84 92 87

NEU: hiltrud.breyer@europarl.europa.eu

NEU: www.hiltrud-breyer.eu

► Aktuell: EU-Chemikalienpolitik

- EP für Verbot von Perfluoroctansulfonaten
- Stärkeres REACH in Reichweite **S.2**

► Berichte

- Schärfere Maßnahmen gegen US-Genreis
- Mindeststandards für Grundwasserrichtlinie
- EU-Bodenschutzstrategie mangelhaft **S.3**

► Aus dem Parlament / Kurzmeldungen

- Bessere Einfuhrbestimmungen für Bioprodukte
- Verbot für Robbenprodukte geplant
- Tierschutzaktionsplan für mehr Tierschutz in der EU
- EU-Energieeffizienzplan **S.4**

► Hinweise / Termine /

Money, Money, Money **S.5**

Neue Webseite: www.hiltrud-breyer.eu:

- Positionspapiere, Artikel, Pressemitteilungen, Fotos, schriftliche Anfragen und vieles mehr
- Faltblätter zum Bestellen und Runterladen: über Verbraucherschutz, Tierschutz, Europäische Atompolitik und Ökologische Kinderrechte
- Neues ansprechendes und übersichtliches Layout

Herausgeberin: Hiltrud Breyer

Redaktion: Nora Schiessler

Die Grünen / EFA

im Europäischen Parlament





EU-Parlament für Verbot von Perfluorooctansulfonaten

Das Verbot von Perfluorooctansulfonaten (PFOS) durch das Europäische Parlament ist ein hervorragender Erfolg. Dem Parlament ist damit ein großer Wurf für die Gesundheit der Verbraucher und den Schutz der Umwelt gelungen. Sowohl in heimischen als auch in importierten Alltagsprodukten wie Textilien, Teppichen, Ledermöbeln, Kosmetik und Verpackungen werden PFOS nun verboten. Damit werden den Verbrauchern nicht länger Giftstoffe durch den Import von Produkten mit PFOS untergemogelt. Die Abgeordneten haben den Vorschlag der EU-Kommission mit Leben gefüllt. Ursprünglich war nur vorgesehen, solche PFOS-Anwendungen zu verbieten, die sowieso von der Industrie nicht mehr durchgeführt wurden. Seit heute sind der PFOS-Grenzwert verschärft und die verbleibenden industriellen Anwendungen streng reguliert. Die EU-Kommission ist auch aufgefordert, die Anwendung der Perfluorooctansäure (PFOA) zu überprüfen. Dies ist ein wichtiger Schritt für den Verbraucherschutz. Skandale wie der um PFOS / PFOA-verseuchtes Trinkwasser in Deutschland gehören damit hoffentlich der Vergangenheit an.

Agrund ihrer langen Haltbarkeit sind PFOS eine tickende Zeitbombe mit krebserregender und erbgutschädigender Wirkung. Das Europaparlament hat unterstrichen, dass Mensch und Umwelt kein Sondermülldepot sind. Die Abstimmung gibt Rückenwind für das Substitutionsprinzip. Denn in Zukunft gilt: PFOS dürfen nur noch angewendet werden, wenn keine ungefährlicheren Alternativen zur Verfügung stehen. Außerdem muss dann die bestmögliche Technologie verwendet werden, um die Risiken zu kontrollieren. Die von Europaparlament, EU-Kommission und Rat demonstrierte Einigkeit beim Substitutionsprinzip ist die Steilvorlage für die anstehende Abstimmung zur neuen EU-Chemikalienpolitik REACH.

Mehr Infos: www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/064-11936-293-10-42-911-20061020IPR11883-20-10-2006-2006-false/default_de.htm

Stärkeres REACH in Reichweite: Umweltausschuss gibt Rückendeckung für Substitutionsprinzip

Der Umweltausschuss hat mit seiner Abstimmung zur neuen Chemikalienpolitik REACH die Weichen gestellt für mehr Gesundheits- und Umweltschutz in Europa. Mit großer Mehrheit sprachen sich die Abgeordneten für die Substitution von gefährlichen Chemikalien aus, wenn sicherere Alternativen vorhanden sind. Dies ist ein Meilenstein für den Verbraucherschutz und eine klare Rückendeckung für ein stärkeres REACH. Es ist auch ein deutliches Signal in Richtung Ministerrat, der das Plenarabstimmungsergebnis vom letzten Jahr bisher in sträflicher Weise ignoriert hat.

Die Chemische Industrie wirft mit Nebelkerzen, wenn sie behauptet, in der Lage zu sein, Chemikalien in einem "sicheren Rahmen" kontrollieren zu können. Angesichts der weltweiten Funde von gefährlichen Chemikalien in Organismen und angesichts der Schwierigkeiten, die Gefährlichkeit von Chemikalien zu beurteilen, ist es mehr als hinterlistig, von "adäquater Kontrolle" zu sprechen. Die Lösung liegt klar auf der Hand: wenn sicherere Alternativen für ein hochgefährlichen Stoff existieren, müssen diese verwendet werden. Diese rechtliche Verpflichtung wäre ein wichtiger Anreiz für mehr Innovation in der Chemischen Industrie und würde diejenigen Unternehmen unterstützen, die bereits sichere Chemikalien und alternative Technologien anbieten.

Erste Schritte für mehr Transparenz und Wahlfreiheit der Verbraucher sind die rechtlich verbindlichen Festschreibungen der Sorgfaltspflicht und der Aufgabe, Verbrauchern endlich mehr Informationen über Chemikalien in Alltagsprodukten zur Verfügung zu stellen. Der Kauf von Produkten darf nicht länger Russisches Roulette sein.

Das Ergebnis schafft Optimismus für ein positives Abstimmungsergebnis auch in der in den kommenden Wochen anstehenden Plenarsitzung zu REACH. Das Plenum ist aufgefordert, dem Votum des federführenden Ausschusses zu folgen. Die Abstimmung wird zum Lackmустest, ob die EU eine weltweite Vorreiterrolle für den Umwelt- und Gesundheitsschutz behält. REACH ist die große Möglichkeit, Mensch und Umwelt vor einer schleichenden Vergiftung zu schützen. Die neue Chemikalienpolitik kann eine win-win-Situation für Umwelt, Verbraucher und Industrie sein. Es bleibt zu hoffen, dass das Plenum und der Ministerrat diese Chance ergreifen.

Zu REACH: http://ec.europa.eu/environment/chemicals/reach/reach_intro.htm

Kampagnenpaket REACH von Hiltrud Breyer

Das neue Chemikalienrecht REACH geht in die heiße Phase. Ein Kampagnenpaket für Aktionen bis zur Plenarabstimmung mit Aktionsvorschlägen, Musteranträgen, Musterpresseerklärungen, Infos, Kostümen etc. ist bestellbar über hiltrud.breyer@europarl.europa.eu bezogen werden.

Detox-Kampagne des WWF

<http://detox.panda.org/>

Greenpeace zu REACH

www.greenpeace.de/themen/chemie/politik_recht/artikel/countdown_fuer_eu_chemiegesetz/

Aktionen der Europagrünen zur neuen Chemikalienpolitik

E-Cards zum Verschicken : www.greens-efa-service.org/ges/ecard

Bluttests von MdEPs auf animierter Homepage: http://malden.m-otion.at/fileadmin/reach_up/





Endlich schärfere Maßnahmen gegen illegalen US-Genreis

Künftig werden alle Reisimporte aus den USA auf Rückstände von gentechnisch veränderten Reissorten überprüft. Nur so kann das Vertrauen in die Durchsetzung europäischer Gesetzgebung wieder hergestellt werden. Der entsprechende Vorschlag der EU-Kommission war der längst überfälliger Schritt auf die Weigerung der USA, sich auf eine amtliche Bescheinigung der Testmethoden zu einigen, um die mehr als angekratzte Glaubhaftigkeit der bisher notwendigen Zertifizierung von Reislieferungen aus den USA wieder herzustellen.

Dem Import von mit illegalem gentechnisch verändertem Reis verunreinigten Produkten muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden. Nicht zugelassene gentechnisch veränderte Pflanzen und Produkte haben in der EU nichts zu suchen und dürfen nicht durch die Hintertür eingeführt werden. Es ist skandalös, dass trotz Zertifizierung von US-Reisimporten in rund 80 Fällen Spuren des nicht zugelassenen Genreis LLRice601 der Firma BayerCrops in der EU nachgewiesen wurden. Inzwischen wurden in Frankreich zudem Rückstände der ebenfalls nicht zugelassenen Bayer-Genreissorte LLRice62 entdeckt. Damit spotten sowohl Bayer als auch die USA den EU-Sicherheitsvorkehrungen und dem Schutz der europäischen Verbraucher. Die verpflichtenden Tests für alle Reisimporte aus den USA auf illegales, gentechnisch verändertes Material sind dringend notwendig und ein positives Signal für die europäischen Verbraucher. Die Forderung der Kommission, die Testkosten der nationalen Behörden in den Mitgliedstaaten müssten von den Exporteuren selbst getragen werden, ist ein wichtiger und erforderlicher Anreiz.

Trotz dieser richtigen Schritte täuschen die Maßnahmen nicht darüber hinweg, dass in der Gentechnik-Politik und insbesondere in der Frage des Genreises noch viele Punkte dringend Klärung bedürfen. So ist es ein Armutszeugnis, dass die Kommission bisher darauf verzichtet hat, Maßnahmen zur Importkontrolle chinesischer Waren einzuläuten. Denn Verunreinigungen mit einem nicht-zugelassenen chinesischen Genreis wurden in den letzten Wochen in mehreren EU-Mitgliedstaaten nachgewiesen. Konsequenterweise müsste die EU-Kommission verpflichtende Tests für alle Produkte aus Ländern einführen, in denen GVOs im Freilandversuch getestet werden. Ferner sollte es zukünftig für Gentechfirmen eine zwingende Voraussetzung sein, validierte Testmethoden für GVOs vorzulegen, bevor die Pflanze im Freiland getestet wird. Auf diese Weise stünde Lebensmittelbehörden eine Nachweismöglichkeit für Verunreinigungen zur Verfügung, um den Schutz der öffentlichen Gesundheit zu gewährleisten. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Genreis-Skandale erst durch NGOs aufgedeckt wurden. Vielmehr müssen staatliche Behörden in Zukunft fähig sein, mit validierten Testmethoden gentechnische Verunreinigungen in Lebens- und Futtermitteln eigenständig aufspüren zu können. Ferner muss die EU-Kommission genau prüfen, ob sie eine Bewilligung des Zulassungsantrags von Bayer für LLRice62 und andere Genreissorten angesichts dieser Skandale verantworten kann. Mehr Infos: www.greenpeace.de/themen/gentechnik/lebensmittel/artikel/chronologie_des_gen_reis_skandals/; NGO-Brief an die Mitgliedstaaten gegen die Zulassung von LLRice62: www.cbgnetwork.com/300.html

EP setzt Mindeststandards für Grundwasserrichtlinie durch

EU-Ministerrat und Europäisches Parlament haben sich auf einen gemeinsamen Text der EU-Grundwasserrichtlinie geeinigt. Zu begrüßen ist die Verbindlichkeit des Eintragsverbots für gefährliche Stoffe, die Abwehr einer grundsätzlichen Ausnahmeklausel für landwirtschaftliche Einträge und die Beibehaltung des 50 mg/l Nitratstandards. Mit dieser Einigung konnte das EP die erhebliche Verschlechterung des bestehenden Grundwasserschutzniveaus in letzter Minute verhindern. Der Text muss noch offiziell von den Institutionen beschlossen werden, wohl im Januar 2007. Mehr Infos: www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/064-11796-290-10-42-911-20061018IPR11795-17-10-2006-2006-false/default_de.htm

EU-Vorschlag für Bodenschutzstrategie mangelhaft

Die EU-Mitgliedstaaten sollen mehr gegen Erdbeben, die Verseuchung, Versalzung und Erosion von Böden tun. Die von der EU-Kommission vorgelegte EU-Bodenschutzrahmenrichtlinie ist als Teil einer integrierten Umweltschutzstrategie daher zu begrüßen. Allerdings ist der Entwurf unzureichend und weist viele Leerstellen auf. So fehlt es an wirksamen, effektiven und durchsetzbaren Schutzmaßnahmen, um den zahlreichen Gefahren für die Böden gerecht zu werden.

Das gewaltige Bedrohungspotential für Mensch, Natur und Umwelt durch Risiken wie Erosion oder Verseuchung der Böden lässt sich nicht länger leugnen. Weltweit sind fast 15 % der Böden betroffen. Doch auf EU-Ebene wurde der Boden bisher nur Häppchenweise und indirekt durch andere Gesetze geschützt. Der Entwurf der Bodenschutzrahmenrichtlinie war daher längst überfällig. Aber die von der EU-Kommission vorgesehenen Maßnahmen greifen zu kurz. Die Kommission scheitert daran, rechtlich verbindliche Ziele und Umweltqualitätsstandards für sofortige Aktionen auf nationaler und regionaler Ebene zu setzen.

Präventive Maßnahmen zur Reduzierung des Flächenverbrauchs und der Versiegelung sind dringend notwendig. Ein effektiver Schutz setzt auch die Renaturierung bereits verseuchter Böden voraus. Eine nachhaltige Bodenschutzstrategie erfordert zudem konkrete Ziele des Grund- und Hochwasserschutzes, einer nachhaltigen Landwirtschaft, der Altlastenentsorgung, sowie des Klimaschutzes. Die Schutzstrategie muss daher mit bereits vorhandenen Richtlinien gekoppelt und vernetzt werden, um der natürlichen Lebensgrundlage des Menschen nicht den Boden zu entziehen. Weiterhin ist ein europaweit einheitliches Kontroll- und Monitoringsystem notwendig. Mehr Infos der EU-Kommission unter <http://ec.europa.eu/environment/soil/index.htm>



Parlament verbessert Einfuhrbestimmungen für Bioprodukte

Die Nachfrage nach kontrolliert ökologisch angebauten Produkten aus Drittstaaten steigt in der EU kontinuierlich. Damit auch bei Importen gleiche Standards für Bioprodukte gelten, hat das EP einen Vorschlag verabschiedet, um die Importkontrollen zu harmonisieren, die Transparenz zu verbessern und den Gehalt von Datenbanken für Bio-Importe sowie striktere Kontrollen für die Produktionskette einzuführen. Infos: www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?Type=TA&Reference=P6-TA-2006-0384&language=DE

EP will Robbenprodukte verbieten

Nach Wunsch des EP sollen Robbenprodukte verboten werden, die zur grausamen Tötung von Robbenjungen führen. Die bereits durch den Klimawandel gefährdeten Sattelrobben und Klappmützen werden wegen ihres Fells gejagt und sind in ihrem Bestand bedroht. Der EU-Markt für Robbenfelle ist weltweit der größte. Da ein entsprechender Gesetzentwurf der Kommission weiterhin aussteht, setzen sich die Grünen auch auf nationaler Ebene für ein Verbot von Robbenprodukten ein, um die grausame Praxis der Robbenjagd zügig zu bekämpfen. Info: www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/064-10387-247-09-36-911-20060906IPR10386-04-09-2006-2006-false/default_de.htm

EU-Tierschutzaktionsplan — Für mehr Tierschutz in Europa

Das Parlament hat mit der Abstimmung zum EU-Tierschutzaktionsplan die Notwendigkeit eines umfassenden Tierschutzes in Europa unterstrichen und wesentliche Verbesserungen des unambitionierten Vorschlags der EU-Kommission eingefordert. So wurde die Kennzeichnung tierischer Produkte nun eindeutig auf die Tagesordnung gesetzt. Die Vergabekriterien für ein solches Label sollen über bestehenden Mindestanforderungen liegen, damit Verbraucher erkennen können, welche Produkte besonders tierschutzfreundlich sind. Ferner ist die EU aufgefordert, auch offensiv von Sanktionsmöglichkeiten Gebrauch zu machen, um den bestmöglichen Schutz der Tiere zu gewährleisten. Es ist längst überfällig, dass nicht nur Bußgelder verhängt, sondern z.B. auch landwirtschaftliche Prämien gekürzt werden. Mehr Infos: www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2006-0417+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE

EP bekämpft die Abtrennung von Haifischflossen

Noch immer betreiben einige Mitgliedsstaaten die grausame Praxis des "Finning" (Haifischen werden die Flossen abgetrennt und der übrige oft noch lebendige Haifischkörper wird zurück ins Meer geworfen). Eine Verordnung von 2002 zur Eindämmung des "Finning" sollte das aktive Jagen unterbinden, indem Fischer auch den Rest des Haikadavers mit sich führen müssen. Höchstens 5 % des Haifischfleisches an Bord durften danach aus Flossen bestehen. Da jedoch viele Haiarten kleinere Flossen haben und immer noch Opfer gezielter "Finning"-Jagden sind, sah das EP Handlungsbedarf. Es forderte u.a. das Verhältnis auf 2% Flossenanteil für die gemischte Haifischerei zu senken. Mehr Infos: www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?Type=TA&Reference=P6-TA-2006-0391&language=DE

Illegale Vogeljagd auf Malta weiterhin ungestraft

Obwohl die EU-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Malta wegen Verstößen gegen die Vogelschutzrichtlinie — mit der der Rückgang der biologischen Vielfalt in Europa bis 2010 zum Stillstand gebracht werden soll — einleitete, hat Malta bisher nicht reagiert. Doch statt daraufhin weitere Schritte gegen den Vogelmord zu übernehmen, hat die EU-Kommission lediglich die Rückmeldefrist für Malta verlängert. Bis es zu effektiven Schritten, wie einem möglichen Eingreifen des EuGH gegen die illegale Jagd auf seltene Vögel kommt kann es noch lange dauern. Für manche Vogelarten könnte es dann zu spät sein. Mehr Infos: www.europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/06/907&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en

EU-Energieeffizienzplan vorgelegt

Energieeffizienz muss das Herzstück der EU-Energiepolitik sein. Das im Rahmen des EU-Energieeffizienzplans vorgestellte Ziel der Energieeinsparung von 20% bis zum Jahr 2020 ist deshalb ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings kann dies nur ein Mindestziel sein, das ambitioniert ausgebaut werden sollte. In den klaren Vorgaben des Aktionsplans für konkrete Maßnahmen fällt jedoch bedauerlicherweise das Verkehrswesen unter den Tisch. 96% der dort genutzten Energie wird aus Öl gewonnen. Daher sollten Verkehr und Transport eine Leitplanke für alle EU-Aktivitäten zur Energieeffizienz sein. Umfassende Maßnahmen wie die baldige Überarbeitung des Eurovignettensystems und der Einbezug aller externen Kosten in die Preise der Verkehrsmittel sind längst überfällig. Mehr Infos: http://ec.europa.eu/energy/action_plan_energy_efficiency/index_en.htm

Deutsch-Französischer Umweltrat legt seine EU-Agenda fest

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel und die französische Umweltministerin Nelly Olin haben sich auf eine Intensivierung ihrer Klimaschutzpolitik auf EU-Ebene geeinigt. Sie wollen sich für die Senkung der EU-Treibhausmission um 30 % bis 2020 in der nächste Phase der internationalen Klimaschutzverpflichtungen einsetzen. Schwerpunktthemen der deutschen Präsidentschaft werden neben einer Initiative für eine ökologische Industriepolitik auch der Klimaschutz, die Energiepolitik, eine nachhaltige Mobilität und der Schutz der Biodiversität sein. Frankreich sicherte dabei die volle Unterstützung zu. Infos: www.bmu.de/pressemitteilungen/pressemitteilungen_ab_22112005/pm/37857.php

Hinweise

Umweltschutz und Gesundheit

- Mitmachen: Grüne Ideen für die Mobilität von morgen unter www.stopclimatechange.net, einer Kampagne der Europäischen Grünen Partei (EGP) und der Grünen/EFA im Europäischen Parlament
- Informieren: neues Online-Verzeichnis der EU-Kommission zur Schadstoffbelastung durch Straßenverkehr, Privathaushalte und landwirtschaftliche Kleinbetriebe unter www.eper.ec.europa.eu
- Aufrütteln: Der neue WWF-Bericht „Living Planet Report“ ist ein eindrücklicher Weckruf. Wenn die Menschheit wie bisher weiter macht, würden Mitte des Jahrhunderts fünf Planeten nicht mehr ausreichen, um die Rohstoff- und Energiebedürfnisse einer Menschheit zu befriedigen. Die Menschheit zehrt erstmals von der Substanz. Dazu mehr unter http://assets.panda.org/downloads/living_planet_report.pdf
- Lesen: Handbuch zur EU-Umweltpolitik. Eine kritische Bewertung der EU-Umweltgesetzgebung. Hrsg. vom EEP: www.eeb.org/publication/policy_handbook_german.htm
- Stöbern: Umfassende Infos über EU-Umwelt- und Naturschutzpolitik mit Ansprechpartnern im EU-Parlament und bei Brüsseler Verbänden, EU-ExpertInnen sowie Adressen, Kontaktpersonen, Links zu Verbänden und Institutionen unter www.eu-koordination.de.
- Kritisieren: „Wie sauber ist ihre Automarke?“ untersucht der Europäische Verband für Verkehr und Umwelt (T&E). Ergebnis: 3/4 der 20 meistverkauften Automarken in Europa haben es trotz Selbstverpflichtung gegenüber der EU versäumt, die Verbrauchswerte so zu verbessern, dass die EU-Klimavorgabewerte erfüllt werden. Studie unter www.transportenvironment.org/docs/Publications/2006/2006-10_how_clean_is_your_car_brand.pdf
- Aufklären: Die vorhandenen wissenschaftlichen Erkenntnisse zu den Genmaislinien MON810 und T25 bewertet das österreichische Ministerium für Gesundheit und Frauen als Reaktion auf den Vorschlag der EU-Kommission, die österreichischen Importverbote aufzuheben. Mehr Infos: www.bmgf.gv.at/cms/site/detail.htm?thema=CH0255&doc=CMS1161157975708

Tierschutz

- Unterstützen I: Kampagne zum Importverbot für Wildvögel der britischen Vogelschutzvereinigung RSPB www.rspb.org.uk/policy/wildbirdslaw/banbirdtrade/whatitmeans.asp
- Unterstützen II: Kampagne "Affen retten" zur Novellierung der Tierversuchsrichtlinie, Infos: www.eceae.org/saveprimates/de/flashindex.html

Europa

- Informieren: eine Übersicht aller Europa-Termine in Deutschland findet sich unter www.europatermine.de, herausgegeben von der Jungen Europäischen Bewegung
- Prüfen: Wer bekommt EU-Gelder? Infos über die Empfänger von direkt von der EU-Kommission vergebenen und verwalteten EU-Fördermitteln auf http://ec.europa.eu/grants/beneficiaries_de.htm

Money, Money, Money

Ausschreibungstipps

- Wöchentlicher digitaler Energie-Newletter der GD Energie mit Infos zu Ausschreibungen: Im Kapitel "New Calls for Tender" wird über aktuelle Ausschreibungen informiert. Bestellbar unter: http://ec.europa.eu/dgs/energy_transport/newsletter/index_en.htm
- WWF-Handbuch über EU-Umwelttöpfe 2007-13 mit Förderungsmöglichkeiten, Tipps zur Antragsstellung und best-practice-Beispiele aus vielen Ländern. unter: <http://assets.panda.org/downloads/eufundingforenvironmentweb.pdf>
- Ausschreibungen für europäische Forschungsprojekte werden auf der CORDIS-Homepage veröffentlicht. Der regelmäßige Besuch lohnt sich: <http://cordis.europa.eu/fp6/dc/index.cfm?fuseaction=UserSite.FP6CallsPage>

Termine

- "Die Zukunft der Demokratie in Europa - EU Quo Vadis II", am 27./28. Oktober 2006 in der Heinrich Böll Stiftung Berlin, Infos unter www.boell.de
- "Mythos Biosicherheit - Erfahrungen aus der Zivilgesellschaft Lateinamerikas mit dem Anbau gentechnisch veränderter Saaten", Gen-ethisches Netzwerk, am 27. Oktober 2006 in Berlin, am 31. Oktober 2006 in Hamburg, am 2. November 2006 in Leingarten/Landkreis Heilbronn, weiter Infos unter www.gen-ethisches-netzwerk.de/
- "GENiale Geschäfte - Vom GenKlau zum GenGau", Jahrestagung der NGO Coordination gegen BAYER-Gefahren am 11. November 2006 in Düsseldorf, Infos unter www.cbgnetwork.org/1652.html
- Konferenz der Grünen/EFA "Empowering people for sustainable energy" am 9. November 2006, Brüssel, Infos unter www.stopclimatechange.net.
- Kongress "Die Bürgerbeteiligung in der europäischen Wasserwirtschaft ...", Fallbeispiele zur Bürgerbeteiligung im Rheineinzugsgebiet + internationale Erfahrungen, am 15./16. November 2006, Luxemburg, Infos: www.rheinnetz.net.
- "European Finality - European Identity", am 6. Dezember 2006 von 12:30 - 14:30h, Heinrich Böll Stiftung Berlin, Infos unter www.boell.de